

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Böhmisch Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Sohanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Verleger: Nr. 21 und 22, Markt Platz Nr. 44, Schneeberg 14, Schwarzenberg 1928. Druckort: Böhmisch Neustädtel.

Wichtiges • Man nehme für die am Sonntag erscheinende Nummer des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ die Nummer 139 an. Die Nummer 138 ist die Nummer der Nummer 139 am vorübergehenden Tage sowie am folgenden Tage nicht gegeben, auch nicht für die Nummer 139 der Nummer 138 am folgenden Tage. — Für Rückgabe von eingeleiteten Beiträgen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Erscheinens begründen keine Entschädigung. Bei Jahresabonnement und Abnahme gelten die Preise als nicht vereinbart. Hauptgeschäftsstelle in: Aue, Markt, Schneeberg und Schwarzenberg.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Der Preis für die 24 von heute ab anlaufende Nummern im Einzelverkauf beträgt 20 Pfennige. Für die 24 von heute ab anlaufende Nummern im Abonnement beträgt der Preis 4,80 Mark. Für die 24 von heute ab anlaufende Nummern im Abonnement beträgt der Preis 4,80 Mark. Einzelhefte 20 Pfennige. Abonnement 4,80 Mark. Geschäftsstelle: Aue, Markt 21. Abonnements-Verkauf: Aue, Markt 21.

Nr. 139.

Sonnabend, den 16. Juni 1928.

81. Jahrg.

Amthliche Anzeigen.

Aue. Wegen Reinigung

Sind unsere Geschäftsräume am Montag und Dienstag, den 18. und 19. Juni 1928, nur für dringliche Angelegenheiten geöffnet. Für Geburts- und Sterbefallsanzeigen ist das Standesamt bzw. das Bestattungsamt am Montag, den 18. Juni 1928, vormittag 10—12 Uhr geöffnet. Die Sparkasse und die Stadtbank sind an beiden Tagen für den Verkehr offen.

Aue, den 12. Juni 1928.

Der Rat der Stadt.

Anlässlich der am Sonntag, den 17. Juni 1928, auf dem Marktplatz stattfindenden Festlichkeiten zum Erzgebirgsgautag im Bettinschützenbund wird der Durchgangsverkehr über den Marktplatz mit Kraftfahrzeugen aller Art von vorm. 11 bis 1 Uhr gesperrt. Der Fahrverkehr wird über die Karlsbader-, Erlauer- und Bismarckstraße verwiesen.

Schwarzenberg, am 14. Juni 1928.

Der Rat der Stadt. — Polizeiamt.

Wegen Bauarbeiten wird die Bernsbacher Straße vom 18. Juni 1928 an gesperrt. Der Fahrverkehr muß über Grünhain erfolgen.

Belersfeld, den 15. Juni 1928.

Der Gemeinderat.

Wegesperrung im Staatsforstrevier Raschau.

Vom 18. Juni bis zum 2. Juli d. J. wird die „Kleine Mittweidastraße“ von der Hammerbrücke in Obermittweida bis an die Rittersgrüner Flößbahn einschließlich Flößbrücke für den Fahrverkehr gesperrt. Umleitung über Rittersgrüner Flößbahn — Hundsmarter.

Der Ortsvorsteher

für den Ortsbezirk Staatsforstrevier Raschau.

Herrmann.

Aufklärung.

Mit dem Sammeln von Unterschriften für Herrn Pfarrer Trudenbrodt hat der Kirchenvorstand, die Kirchengemeinde und die kirchliche Gemeindeglieder Bernhardine nichts gemein. Wenn solche Angaben gemacht worden sind, so sind sie unrichtig. Im Gegenteil, ein so verfrühtes Tun von Einzelpersonen so kurz nach dem Ableben des bisherigen Pfarramtsleiters müssen wir verurteilen. Die 1. Pfarrerversammlung am 1. September wieder befehlet werden. Der Kirchenvorstand und die Kirchengemeindevertretung werden diese Angelegenheit rechtzeitig zur Erledigung vorbereiten und dann nach bestem Wissen und Gewissen, ohne jede persönliche Voreingenommenheit, zum Besten der gesamten Kirchengemeinde Entschlüsse fassen.

Der Kirchenvorstand und die Kirchengemeindevertretung zu Böhmisch l. C.

Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung.

Wachsender Widerstand gegen die volksparteilichen Forderungen. Das neue Reichstagspräsidium.

Berlin, 14. Juni. Die Entwicklung der Regierungsbildung ist nach dem allgemeinen Eindruck im Reichstag heute abend wieder vollkommen festgefahren, und zwar hat die Deutsche Volkspartei, die von mittags bis in die Abendstunden hinein Fraktionsführung abhielt, einmütig beschloffen, an ihrer Bedingung der Gleichzeitigkeit der Regierungsbildung im Reich und in Preußen festzuhalten. Damit hat die Fraktion ihren Vorstehenden desavouiert, der heute mittag für Preußen ein Kompromiß für möglich hielt, das der Deutschen Volkspartei terminmäßige Sicherungen bot. Nach dem Beschluß der Dtsch. Volkspartei gilt diese Kompromißbildung im Augenblick aber als erledigt. Dr. Scholz konnte dem Abg. Müller-Franken heute abend nur mitteilen, daß seine Fraktion auf ihrem Standpunkt beharrt. Hermann Müller nahm diese Mitteilung zur Kenntnis und damit war die Besprechung beendet. Am Anschluß daran hat Dr. Scholz auch die Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, der Demokraten und der Bayer. Volkspartei empfangen und sie von dem Fraktionsbeschluß unterrichtet. Damit betrachtet man im Reichstag den ersten Versuch zur Bildung der Großen Koalition als gescheitert. Die Entscheidung darüber, ob er nun von neuem aufgenommen wird oder ob bereits jetzt andere Möglichkeiten der Regierungsbildung zu prüfen sind, liegt bei Hermann Müller, dessen Antrag nicht auf die Große Koalition beschränkt ist. Im Reichstag nimmt man an, daß er zunächst doch noch einmal versuchen wird, das Projekt der Großen Koalition weiter zu verfolgen. Man spricht auch von der Möglichkeit, daß sich nun auch andere Kräfte in der Verhandlung einschalten, die bisher nicht persönlich daran beteiligt gewesen sind. Erwähnt wird die Lage allerdings auch dadurch, daß der preussische Landtag sich heute verläßt hat und seine Fraktionen deshalb nicht mehr zusammen sind.

Wie in den späten Abendstunden in parlamentarischen Kreisen verlautet, hat Hermann Müller die Ansicht, trotz der Schwierigkeiten der Preußenfrage die Große Koalition zunächst weiter zu verfolgen, so daß gegenwärtig die Frage der Weimarer Koalition nicht akut ist. Hermann Müller hat mit dem Außenminister Dr. Stresemann die gesamte politische Lage durchgesprochen. Vorher ist auch der preussische Ministerpräsident Dr. Braun bei Dr. Stresemann gewesen. In unterrichteten Kreisen mißt man der morgigen Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei erhebliche Bedeutung bei, weil sich zeigen muß, ob die Fraktion angesichts der ersten Bemühungen Hermann Müllers um die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung nun nicht doch noch einmal die Kompromißmöglichkeiten überprüft, die in einer fundierten Zusage für einen bestimmten Termin der Umbildung der Preußenregierung liegen könnten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt heute abend in Anwesenheit des Abg. Hermann Müller und des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun eine Sitzung ab, die mehrere Stunden andauerte. Ueber den Verlauf wird folgender Bericht ausgegeben: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm den Bericht ihrer Unterhändler über die Verhandlungen mit den Parteiführern entgegen. Im Laufe der Verhandlungen wurde die Mitteilung gemacht, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei einmütig nach wie vor auf der gleichzeitigen Umbildung der preussischen Regierung besteht. Die sozialdemokratische Fraktion faßte einstimmig folgenden Beschluß: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt es aus staatsrechtlichen Gründen ab, auf die preussische Regierung und die preussischen Regierungsparteien einen Druck zur Umbildung der preussischen Regierung auszuüben.

Der Vorwärts schreibt: Es vermehren sich die Anzeichen, die dafür sprechen, daß die Volkspartei der Bildung einer Regierung im Reich große Schwierigkeiten zu machen versucht. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die bisher die größte Mäßigung und Geduld an den Tag gelegt hat, nimmt mit wachsendem Bestreben von diesen Versuchen Kenntnis. Schon neulich ist hier gesagt worden, die Sozialdemokratie denke nicht daran, eine Diktatur der Sieger im Wahlkampf aufzurichten, noch weniger aber würde eine Diktatur der Nichtsieger ertragen können. Angesichts der offenkundigen Versuche, eine solche Diktatur aufzurichten, muß das wiederholt und unterdrückt werden. — Die Tägliche Rundschau bemerkt: Man wird zunächst abwarten müssen, ob ein Versuch gemacht wird, die preussische Regierung und die preussische Koalition zu einem Einlenken zu veranlassen. Es wäre denkbar, daß man sich in Preußen von selbst die Frage vorlegte, ob die Regierungsbildung im Reich an dem starren Festhalten an der bisherigen Auffassung scheitern soll. Nach Lage der Dinge ist es aussichtslos, die Verhandlungen fortzusetzen, wenn nicht in diesem Sinne von preussischer Seite etwas geschieht.

Berlin, 15. Juni. Mehrere Blätter melden, daß der langjährige Vorsitzende der volksparteilichen Fraktion im preussischen Landtag, Dr. von Campe, den Vorsitz niedergelegt hat, weil die Fraktion für die Verhandlungen über die Erweiterung der Regierungsbasis eine dreigliedrige Kommission gewählt hat, zu der Campe nicht gehörte. Seine Ausschaltung erfolgte, weil er allgemein als Gegner der Großen Koalition in Preußen gilt.

Dessau, 14. Juni. Wie verlautet, tritt die Deutsche Volkspartei nicht in die Regierung ein, weil eine Einigung in der Ministerfrage nicht zustande gekommen ist. Dadurch kann die Große Koalition als gescheitert gelten.

Präsidentenwahl im Reichstag.

Loebe Präsident, Esser, Kardorff, Graef Vizepräsidenten.

Berlin, 14. Juni. Mierpräsident Vock eröffnet die Sitzung um 14 Uhr. Das Haus schreitet sofort zur Präsidentenwahl.

Abg. Dittmann (Soz.) schlägt als Reichstagspräsidenten den Abgeordneten Loebe vor.

Abg. Dr. Frid (Nat.-Soz.) erhebt Widerspruch gegen die Wahl durch Zuzuf, da seine Partei dem Abgeordneten Loebe schon in seiner Eigenschaft als Marxist und Angehöriger einer volksparteilichen Partei stärkstes Mißtrauen entgegenbringe.

Es muß also Wahl durch Stimmzettel erfolgen. Die Abstimmung ergibt die Wahl Loebes zum Präsidenten des Reichstages mit 318 Stimmen, 46 Stimmen sind auf den Abgeordneten Thälmann (Rom.), elf Stimmen auf den Abgeordneten Dr. Frid (Nat.-Soz.) entfallen. 70 Stimmen waren ungültig, da die Deutschnationalen weiße Zettel abgegeben haben.

Loebe übernimmt das Präsidium und weist darauf hin, daß er zum dritten Male das verantwortungsvolle Amt des Reichstagspräsidenten übernehme. Mit dem Dank für die Wahl verbinde er die Versicherung, daß er sich bemühen werde, die ihm übertragenen Aufgaben vollkommen zu lösen. Die Zusammensetzung des Hauses, so sagt er, hat wesentliche Änderungen erfahren. 130 neue Abgeordnete sind in den Reichstag eingetreten. Trotdem bestehen die alten Probleme weiter, die Prüfung des Wahlrechts, Revision der Geschäftsordnung, um eine Verhandlungsforn zu finden, wie sie das deutsche Volk von seiner höchsten Vertretung verlangen kann. (Beifall). Wir hoffen, es wird im Laufe dieser Sitzungsperiode möglich sein, mit der Begrenzung der Reparationen und mit der Kürzung der Räumungsfristen die Grundlage für eine innenpolitische Konsolidierung zu gewinnen.

Für den Posten des ersten Vizepräsidenten schlägt dann Schulz-Bromberg (DVP.) den Abg. Graef (DVP.) vor.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, da die deutschnationale Fraktion bei der Wahl des Präsidenten weiße Zettel abgegeben habe, so werde die sozialdemokratische Fraktion bereits im ersten Wahlgang für den Zentrumskandidaten Esser stimmen.

Für Graef werden 191, für Esser (Ztr.) 187, für Thälmann (Rom.) 48, für Dr. Frid (Nat.-Soz.) 11 Stimmen abgegeben. Es halt also keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten. Es muß deshalb eine Stichwahl zwischen Graef und Esser stattfinden. Sie ergibt die Wahl des Abg. Esser zum ersten Vizepräsidenten mit 248 Stimmen. Der Abg. Graef (Dnt.) erhielt nur 148 Stimmen.

Für den Posten des zweiten Vizepräsidenten schlägt Abg. Schulz-Bromberg (Dnt.) erneut den Abgeordneten Graef vor.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, daß seine Fraktion jetzt für den Abg. von Kardorff stimmen werde.

Graef erhält 142 Stimmen, von Kardorff 203 Stimmen, Thälmann 47 Stimmen. Da die Mehrheit von 405 gerade 203 Stimmen beträgt, ist von Kardorff zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Abg. Dr. Scholz (DVP.) schlägt nunmehr für den Posten des dritten Vizepräsidenten den Abg. Graef (Dnt.) vor.

Abgeordneter Koch-Weser (Dem.) schlägt Frau Dr. Bäumer (Dem.) vor. Da keiner der Bewerber die absolute Mehrheit erreicht, muß wieder Stichwahl erfolgen. Sie ergibt die Wahl des Abg. Graef mit 206 Stimmen. Für Frau Dr. Bäumer wurden 187 Stimmen abgegeben.

Ein kommunistischer Antrag auf Haftentlassung des Abgeordneten Rippenberger-Damburg wird gegen die Stimmen der Volkspartei und der Deutschnationalen bei Stimmenthaltung der Wirtschaftspartei und der kleineren Gruppen angenommen.

Das Haus verläßt sich dann auf Freitag.

Die Endsumme der Daweslasten.

20 Milliarden?

Berlin, 14. Juni. Die großen Amsterdamer Zeitungen melden, daß Parler Gilbert vor einiger Zeit Verhandlungen mit den Vertretern der an den Reparationszahlungen interessierten Regierungen über die endgültige Festsetzung der deutschen Reparationsleistungen geführt hat. Sowohl Poincaré als auch Mussolini hätten sich prinzipiell mit der Endsumme von höchstens 20 Milliarden einverstanden erklärt. Dieser Betrag soll nach einem Amortisationsplan in 36 Jahren getilgt werden. Bei der belgischen Regierung sei Gilbert auf Schwierigkeiten gestoßen. Belgien wünsche eine höhere Endsumme und ein anderes Amortisationschema, da nach dem Plan Gilberts Belgien auf ein Fünftel seiner Forderungen verzichten müßte.